



Berlin am 26. Juni 2003

Unterschriften Übergabe der Bienenstockkäfer Kampagne im
Bundesministerium für
Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft
an den parlamentarischen Staatssekretär Dr. Thalheim

Mehr als 47.000 Naturschützer und Imkern fordern

- ein sofortiges Einfuhrverbot von Bienen in die EU
- nennenswerte Geldmittel für Forschung und Information

Die fleißigsten Dienstleister im Agrarbereich sind gefährdet
Honigbienen und Hummeln sind in Ihrer Existenz durch eine Einschleppung des
Bienenstockkäfers gefährdet. Ein dauerhafter Struktureinbruch in der Imkerschaft und
ein Bestäubungsnotstand mit erheblichen volkswirtschaftlichen Schäden wären die
Folge. Durch fehlende Bestäubung wären Wildpflanzen in ihrem Bestand gefährdet und
weiter reichende ökologische Schäden unabwendbar. Nähere Informationen sind in
dem Informationsmaterial der Bienenstockkäfer Kampagne aufbereitet.

Bienenstockkäfer Kampagne

Die Bienenstockkäfer Kampagne wird in Berlin bei der Unterschriftenübergabe vertreten
von Erhard Klein (Unternehmer), Klaus Breckenfelder (Lehrer) und Thomas Radetzki
(Imkermeister). Thomas Radetzki ist Vorstand des Vereins Mellifera e.V., dem Initator
der Bienenstockkäfer Kampagne.

Der Verein ist seit 1985 Pionier für ökologisch orientierte Bienenhaltung und betreibt die
Demeter Imkerei Fischermühle, die Lehr- und Versuchszwecken dient. Thomas Radetzki
ist Mitglied der European Working Group for Integrated Varroa Control und der Arbeitsge-
meinschaft der Institute für Bienenforschung e.V.. Regional ist er tätig als Bienenseuchen-
Sachverständiger im Zollern Alb Kreis.

Aktuelle Gesichtspunkte zur Entscheidung der Bundesregierung

Wir bitten unsere Ministerin Renate Künast möglichst bald ein Deutsches Einfuhrverbot
zu verfügen. Solch ein Vorgriff erscheint uns in Anbetracht des Europäischen Entschei-
dungsprozesses hilfreich und notwendig. Eine wegweisende Entscheidung wäre ein
wichtiges Signal für die beunruhigte deutsche Öffentlichkeit und Imkerschaft. Umseitig
sind weitere Gesichtspunkte für die anstehenden Entscheidungen aufgeführt.

Bienenstockkäfer Kampagne
eine Initiative von Mellifera e.V.

Email: info@bienenstockkaefer.de
Internet: www.bienenstockkaefer.de

Mellifera e.V.

Fischermühle
D 72348 Rosenfeld
Telefon Zentrale
Fax



07428/935-460
07428/935-450

Bestellung von Infomaterial:

Klaus Breckenfelder
D-88239 Wangen, Montfortstr. 25
Fax: 0 75 28-91 29 5

Unterstützer der Kampagne:

Deutscher Imkerbund e.V. (DIB)
Deutscher Naturschutzring, Dachverband der deut-
schen Natur- und Umweltschutzverbände (DNR) e.V.

Nur ein EU-weites Einfuhrverbot von Bienen aus Drittländern bietet Schutz vor der Einschleppung des kleinen Bienenbeutenkäfers *aethina thumida*. Um dieses Ziel zu erreichen ist es angemessen, wenn Deutschland zu den Vorreitern gehört und sofort national handelt. Italien, Frankreich und England haben sich schon für nationale Maßnahmen entschieden. Der EU Prozess droht verzögert zu sein da manche Länder überhaupt keine Bienen importieren und keinen Bedarf für derartige Entscheidungen sehen. Deutschland hingegen ist das Hauptimportland für Bienenschwärme innerhalb der EU.

Es gilt ausdrücklich festzustellen, dass kein Importbedarf für Bienenvölker besteht. Dies hat auch der Deutsche Imkerbund wiederholt öffentlich festgestellt. Selbst bei hohen Völkerverlusten können die Imker durch eigene Vermehrung die Bestände wieder aufbauen. Betrachtet man zudem die Möglichkeit des Handels zwischen den EU Staaten, ist ein Importbedarf aus Drittländern zweifelsfrei auszuschließen.

Das Einfuhrverbot muss ohne Ausnahme gegenüber allen Drittländern erfolgen. Es muss auch die Länder, die ein Veterinär-Sonderabkommen mit der EU haben, betreffen. Am Beispiel Neuseeland, welches auch keine Ausnahme bekommen darf, lässt sich die Forderung erläutern. Mit bestem Willen hatte Neuseeland für die Varroa Milbe ein Monitoring eingerichtet um damit die Grundlage für seinen Bienenexport zu schaffen. Als die Varroa Milbe aber entdeckt wurde, war sie schon landesweit verbreitet. Die Entdeckung erfolgte 1-2 Jahre nach der Erstinfektion. Genau das gleiche Szenario ist bei dem Bienenbeutenkäfer zu erwarten.

Königinnen sind von dem Importverbot nur auszuschließen, wenn dies an strenge Auflagen gebunden wird. Jegliche direkte Belieferung von Imkern ist zu verbieten. Der Import darf nur in Einzelkäfigen an qualifizierte Untersuchungsstellen erfolgen. In der Untersuchungsstelle sind Begleitbienen und Futterteig zu entfernen und zu vernichten.

Um angemessen mit der Bedrohung durch den Beutenkäfer umgehen zu können, ist es dringend als meldepflichtige Bieneneseuche (notified disease) durch das internationale Tierseuchenamt in Paris (OIE) und die EU anzuerkennen.

Gebrauchtes Ausrüstungsmaterial, besonders auch Wabenmaterial, muss in die Einfuhrbeschränkung einbezogen werden. Die dafür notwendigen handelsrechtlichen Regelungen sind über die veterinärrechtlichen Regelungen hinaus zu schaffen. Bevor EU Regelungen dies verändert haben, war durch die BRD Importregelung solch ein Import verboten. Derartige Importverbote bestehen noch heute in den meisten Ländern der Welt.

Wir möchten nochmals ausdrücklich darauf hinweisen, dass über die ökologischen und volkswirtschaftlichen Schäden hinaus mit gravierenden Problemen bei der Lebensmittelsicherheit zu rechnen ist, wenn der Käfer eingeschleppt wird. Dies bestätigen erste Daten aus Canada die vor Bienenwissenschaftlern am 23. Mai 2003 auf dem Treffen der „European Working Group for Integrated Varroa Control“ in Kirchhain vorgetragen wurden. Nach einem Jahr der Anwendung des Präparates CheckMite wurden Rückstände von Coumaphos in Höhe von 20 mg/kg Wachs gefunden, nach vier Jahre waren die Werte auf 50 mg/kg angewachsen. Ab einem Wert von 1 mg/kg ist von einer Diffusion des Stoffes aus den Waben in den Honig auszugehen.

Darüber hinaus ist festzuhalten, dass ein Einfuhrverbot alleine nicht das Problem löst. Da trotzdem eine Einschleppung nicht völlig auszuschließen ist, ist heute mit der Vorbereitung auf diesen Fall zu beginnen. Dies betrifft die Aufklärung der Bienenkunde Institute, Bienenzuchtberater und Imker. Darüber hinaus ist ein Not-Programm zu schaffen, das die Forschung für ökologisch vertretbare Behandlungsmethoden ermöglicht.